

Resolution der Delegiertenversammlung 2025 des LBV

Naturschutz ist nicht verhandelbar – keine Streichungen von Geldern und keine Schwächung von Umweltgesetzen

Die LBV-Delegiertenversammlung fordert die bayerische Staatsregierung auf:

- ☐ mehr statt weniger Geld für den Naturschutz bereitzustellen, um das Ziel 15% Biotopverbund bis 2030 zu erreichen, die angekündigte Wiedervernässung von 55.000 Hektar Mooren umzusetzen sowie die Artenhilfsprogramme und den Streuobstpakt erfolgreich weiterzuführen.
- ☐ die im Bayerischen Naturschutzgesetz festgelegten Berichte zum Biotopverbund, zum Ökolandbau und zur Lage der Natur beizubehalten. Diese Berichte dürfen keine Schönrechnerei beinhalten. Die Kenntnis der aktuellen Lage und der Entwicklungen ist essenziell und muss Ausgangspunkt für konsequentes politisches Handeln sein.
- ☐ bisherige Umweltstandards nicht unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus zu schwächen oder abzuschaffen, insbesondere durch sogenannte Modernisierungsgesetze in Bayern und Omnibus-Pakete auf EU-Ebene.
- ☐ den Ausbau von Windkraft und Freiflächen-Solaranlagen naturverträglich zu gestalten. Dazu müssen Naturschutzvorrangflächen festgelegt werden.
- ☐ die europäische Verordnung zur Wiederherstellung der Natur nicht zu bekämpfen, sondern vorbildlich umzusetzen. Dafür sind bewährte Instrumente wie das Vertragsnaturschutzprogramm, die Wildlebensraum- und die Biodiversitätsberatung massiv zu verstärken.
- ☐ die gesetzlich festgelegten Beteiligungsrechte von Umweltverbänden bei Planungen und Eingriffen in Natur und Landschaft nicht auszuhöhlen.

Begründung:

Durch das Volksbegehren Artenvielfalt – „Rettet die Bienen!“ haben wir in den vergangenen Jahren einiges erreicht. Auch seine Umsetzung war in Teilen auf einem guten Weg. Nun droht jedoch eine schwerwiegende Umkehr im bayerischen Naturschutz. Der rasante Verlust unserer Biodiversität ist weiterhin eine der zentralen Bedrohungen für die Menschheit. Die Natur hat nicht nur einen Eigenwert, sondern

stellt auch über kostenlose Ökosystemdienstleistungen die Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen für unsere Gesellschaft bereit. Konsequenter Naturschutz ist daher Voraussetzung für alles andere gesellschaftliche Handeln.

Dennoch erleben wir derzeit in Bayern und europaweit einen Roll-Back im Natur- und Klimaschutz. Es drohen eine Schwächung oder sogar die Abschaffung von wesentlichen Inhalten in den Naturschutzgesetzen sowie Einschränkungen der Rechte von Umweltverbänden. Die geplanten massiven Mittelkürzungen in Bayern hätten zur Folge, dass wichtige Maßnahmen nicht umgesetzt und Naturschutzziele nicht erreicht würden. Besonders gefährdet sind zentrale Errungenschaften, wie wichtige Maßnahmen zur Umsetzung des Volksbegehrens Artenvielfalt - „Rettet die Bienen!“ und die europäische Natur-Wiederherstellungsverordnung. Leider nehmen bayerische Politikerinnen und Politiker europaweit führende Rollen bei Bestrebungen gegen das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur ein.

Wirksamer Naturschutz ist nicht verhandelbar, sondern eine zentrale Herausforderung für uns alle.

Coburg, 18. Oktober 2025